

Berlin-Brief



Informationen von Josip Juratovic MdB, Ausgabe 302, 11. Juni 2021

*Sehr geehrte Damen und Herren,
Liebe Freundinnen und Freunde,*

die Temperaturen steigen, und mit ihnen die Hoffnung auf lang ersehnte Zusammentreffen mit Freund*innen und der Familie. Ich wünsche allen, die mithilfe der Impfung allmählich wieder zurück in die Normalität finden, eine wunderbare Zeit. Wir müssen jedoch trotz allem weiterhin solidarisch bleiben, die AHA-Regeln einhalten und auch das Maskentragen weiterhin fortführen. Nur so kann garantiert werden, dass uns im Herbst kein herber Rückschlag ins Haus steht.

Unser Kanzlerkandidat, Olaf Scholz, hat in der vergangenen Woche einen geradezu historischen Durchbruch erlangt: Die sieben großen Industrieländer haben sich endlich auf die von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene globale Mindestbesteuerung von mindestens 15 Prozent geeinigt. Damit stehen die Chancen gut, dass der Vorschlag bei den anstehenden Treffen der OECD und der G20 im nächsten Monat bestätigt wird. Große, profitable Konzerne werden dann nicht mehr in der Lage sein, sich durch Gewinnverschiebung als arm darzustellen. Großkonzerne müssen ihren fairen Beitrag zahlen, so wie jeder kleine Einzelhandel von nebenan auch. Das bedeutet einen Riesenschritt in Richtung Steuergerechtigkeit, der vor allem für das Steuerdumping von Google, Apple, Amazon und Co. eine Rolle spielen wird.

Ich bin erleichtert, dass Olaf Scholz, gemeinsam mit Hubertus Heil, in noch einer weiteren Angelegenheit hart geblieben ist: Nach einem langen Kampf bringen wir endlich die Pflegereform auf den Weg: Wir sichern eine flächendeckende Entlohnung auf Tarifniveau für Pflegekräfte und setzen so ein wichtiges Zeichen für sozialen Zusammenhalt. Nicht nur in Pandemiezeiten arbeiten Pflegekräfte hart für unser aller Gesundheit. Sie haben es verdient, dass sie ordentlich bezahlt werden — das ist eine Frage des Respekts!

Was den Klima- und Umweltschutz angeht, so müssen ökologische und soziale Fragen immer im Einklang miteinander stehen. Klar ist, die Klimakrise ist eine Mammutaufgabe, deren Bewältigung eine der größten Herausforderungen unserer Zeit darstellen wird. Klimaschutz darf nicht zu Lasten der kleinen Leute fallen — und dazu gehören auch Mieter*innen. Es ist daher ein Unding, dass die Unionsfraktion die bereits vereinbarte Aufteilung der Heizmehrkosten durch eine

Termine

Dienstag, 15. Juni 2021
Gespräch mit Vertreter*innen von Verdi im Gewerkschaftshaus Heilbronn

Donnerstag, 17. Juni 2021
Gespräch mit dem SLK-Betriebsrat

Freitag, 18. Juni 2021
Gespräch mit Vertreter*innen der AWO Heilbronn

Samstag, 19. Juni 2021
10-11:00: Pop-Up Infostand (Jägerhausstraße 80/1 — Bäckerei Wiedmann)

11-16:00: Bündnis Wohnen auf dem Kiliansplatz Heilbronn

Sonntag, 20. Juni 2021
10-11:00: Festgottesdienst mit Prälat Albrecht anlässlich der Wiedereröffnung der Nikolaikirche Heilbronn

CO2-Bepreisung zwischen Mieter*innen und Vermieter*innen verhindert hat. Sollen Mieter*innen künftig etwa einfach weniger heizen, und dafür frieren? Das ist im höchsten Maße ungerecht und führt obendrein auch nicht zu der gewünschten Leistungswirkung, denn Mieter*innen können nicht bestimmen, welche Heizanlage im Haus eingebaut wird. Es ist daher wichtig und nur sozial gerecht, wenn Vermieter*innen mindestens die Hälfte der Preissteigerung übernehmen.

Glücklicherweise gibt es in Sachen Klimaschutz in dieser Woche auch positive Nachrichten: In dieser Woche geht eine Novelle des Klimaschutzgesetzes in die 1. Lesung, mit der wir zügig auf die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts reagiert haben: Bis 2030 wollen wir 65 Prozent weniger Treibhausgasemissionen, bis 2040 eine Reduktion von 88 Prozent. Und: Spätestens 2045 leben wir klimaneutral. Um das zu erreichen, müssen wir unser Leben, Arbeiten und Wirtschaften heute verändern. Das geht nur, wenn alle Akteur*innen dabei an einem Strang ziehen. Dabei gilt es zu beachten, dass klimafreundliche Alternativen zur Zeit für viele noch nicht bezahlbar sind, oder aufgrund mangelnder Infrastruktur zu wenigen Menschen zur Verfügung stehen. Auch deshalb wäre beispielsweise eine vorgezogene Erhöhung der CO2-Bepreisung unsachgemäß. Den Preis Schritt für Schritt anzuheben, halte ich für richtig und wichtig, jedoch muss Rücksicht auf Arbeitnehmer*innen genommen werden. So schaffen wir es gemeinsam, dem Klimawandel mit sozialer Verantwortlichkeit zu begegnen.

Zum Schluss noch eine Sache, die mir persönlich am Herzen liegt: In dieser Woche wurde endlich, und nach langem Ringen, das Lieferkettengesetz verabschiedet. Für mich ist dieses Gesetz eines der wichtigsten aus dieser Legislaturperiode, da wir mit ihm für mehr soziale Gerechtigkeit, in Deutschland und der Welt sorgen können.

Mit freundlichen Grüßen

Josip Juratovic



Sie erreichen mich:

Josip Juratovic MdB
Bürgerbüro
Untere Neckarstraße 50
74072 Heilbronn
Tel.: 07131 / 598 72 27
josip.juratovic.wk@bundestag.de
www.juratovic.de
www.facebook.com/josipjuratovic
www.instagram.com/josip.mdb
www.twitter.com/josip_juratovic

Berlin-Brief abonnieren?

Einfach eine Mail ans Bürgerbüro. josip.juratovic.wk@bundestag.de

Bild der Woche



*Ich bin großer Fan des Internationalen Parlaments-Stipendiums und durfte in den letzten Jahren so manche IPSler*innen begleiten. Auch deshalb war es mir eine Freude, mich in dieser Woche mit jungen Leuten — insbesondere aus der Westbalkanregion — zu aktuellen politischen Themen auszutauschen.*